

Merseburger Kreisblatt.



Abonnementpreis: Vierteljährig bei den Auswärtigen 1,20 Mk., in den Ausgabestellen 1 Mk., beim Postamt 1,50 Mk., mit Beleggeld 1,92 Mk. Die einzelne Nummer wird mit 15 Pf. berechnet. — Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 8^{1/2} bis 9 Uhr geöffnet. — Preis für die Redaktion abends von 6^{1/2} bis 7 Uhr.

Insertionsgebühr: Für die 6 spaltenige Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., für Private in Merseburg und Umgegend 10 Pf. Für verbriefliche und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung. Komplettierter Satz wird entsprechend höher berechnet. Notizen und Retikolen außerhalb des Inseratenteils 40 Pf. — Sämtliche Annoncen-Bureaus nehmen Inserate entgegen.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ vieler anderer Behörden.)
Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 54.

Freitag, den 5. März 1909.

149. Jahrgang.

Unternehmer und Lieferanten, welche aus dem Rechnungsjahre 1908 herührende Forderungen an die Stadtgemeinde geltend zu machen haben, fordern wir auf, ihre Rechnungen spätestens bis zum 20. April d. Js. einzureichen, da sonst die rechtzeitige Begleichung der Forderungen nicht mehr möglich ist. Später eingereichte Rechnungen können erst nach Beendigung der Abschlussarbeiten unserer Kassen bezahlt werden.
Merseburg, den 3. März 1909.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Von dem Magistrat in Merseburg ist auf Grund des Gesetzes vom 2. April 1887 (: G. S. S. 105 :) anderweit beauftragt worden, die Genehmigung zu erteilen, von dem im Separationsbesseff von Merseburg-Gl. Nr. 844 —, beständig am 31. Dezember 1872 im § 21 lit. B. 6 aufgeführten Abzugsarab. lit. iiiii der Separationskarte die nachstehenden Parzellen zu verkaufen und zwar:

1. Gemarkung Merseburg, Kartenblatt 4 Nr. 671/170 mit 0,24 a Fläche, unentgeltlich an die Stadtgemeinde Merseburg.
 2. Gemarkung Merseburg, Kartenblatt 4 Nr. 670/170 mit 3,61 a Fläche.
 3. Gemarkung Merseburg, Kartenblatt 4 Nr. 672/170 mit 5,13 a Fläche, zu 2 und 3 die Firma C. W. Julius Wande u. Co., G. m. b. H. in Merseburg, gegen eine Geldentschädigung von 3 Mk. für das Quadrat meter.
- An die Veräußerungen werden folgende Bedingungen geknüpft:

Opfer der Tücke.

Von Elise von Gehrmann.

„Du zeigst vier Finger,“ sagte Serge. „Nun,“ höhnte Dimitri, „die Minuten konnte ich Dir doch nicht angeben, noch dazu, weil Nadia Dich erkannte!“
— „Dimitri, mich amüsierte es, als ich sah, wie sie den Sacha ansprach. Du hast es ihr wohl ausgedeutet, daß ich es war?“
— „Natürlich, was glaubst du, sie wollte den eigenen Vater anzeigen!“
— „Dimitri, emanzipiere dich doch von den beiden Kräthern, warum wohnst Du immer noch mit ihnen?“
— „Aus Liebe schon gewiß nicht, sondern weil sie oft meine Miete zahlen und weil sie meine unbegabten Domeiken sind. Dabei behandeln ich beide so da haut on bas und sie, die Schafe, glauben an meinen Kopfschmerz, wenn ich schlechter Laune bin. Dann gibt Nadia, die beschränkte Frau, an ihren letzten Großvater aus, um mir Eau de Cologne oder Zitronen zu kaufen und merkt nicht, daß sie die Zitronen ist, die ich bezahle beide, sie vergittern mich!“
— „Nadia ahnt, daß ich dem Bund angehöre, wagt aber dem Freunde nichts zu tun. Höge ich von ihnen fort, so fiele ja für die beiden jeder Grund zur Mißbilligung auf mich weg, und sie könnten uns gefährlich werden.“
— „Dimitri, heute abend treffen wir uns Punkt neun. Wir haben ein geheimes Zimmer im Südostviertel der Stadt. Am Tage suche mich

a) Die Stadtgemeinde Merseburg übernimmt es, denjenigen Teil des Grabens lit. iiiii, der sich neben dem Notendrückenrain und neben dem Feldwege pp. entlang zieht, weiter westlich des letzteren innerhalb der Parzelle Kartenblatt 4 Nr. 346/222 läuft, ordnungsmäßig nach der vom Stadtbauamt in Aussicht genommenen Ausführungen an das städtische Kanalnetz anzuschließen.

b) Die Stadtgemeinde Merseburg, welche als Eigentümerin des nach „a“ anzulegenden Kanals zu dessen Unterhaltung verpflichtet ist, übernimmt es, die erforderlichen Einlauffschächte jährlich mindestens viermal und außerdem so oft es nötig ist, vorüber nütigenfalls das Gemessen des Sondervertreters entscheidet, ordnungsmäßig zu reinigen, solange der Kanal ausschließlich oder doch überwiegend zur Entwässerung des Grabens am Notendrückenrain oder am Wirtschaftswege lit. pp. oder innerhalb der Parzelle Kartenblatt 4 Nr. 346/222 dient.

c) Die Firma C. W. Julius Wande u. Co., G. m. b. H. hier und deren Rechtsnachfolger haben für alle Schäden, die den Separationsbeteiligten oder den Anliegern, oder der Stadtgemeinde Merseburg infolge der Abtretung der oben erwähnten Grabenteile an sie, durch Zufälligkeit die er Grabenstrecken und durch die anderweitige Ableitung des Wassers aus dem am Notendrückenrain, dem am Feldwege lit. pp. und dem westlich davon verlaufenden Grabenteile in die städtische Kanalisation etwa entstehen, aufzukommen.

Die Firma verpflichtet sich, zu Gunsten der Gesamtheit der Separationsinteressenten von Merseburg, vertreten durch den Sondervertreter bei der zuständigen Hinterlegungsstelle mindestens 2000 Mk., deren

laufende Zinsen ihr, soweit Ersatzansprüche von Separationsinteressenten nicht schweben, auszubehalten sind, als Sicherheit für die vorstehend übernommene Ersatzpflicht bereit zu hinterlegen, daß der Sondervertreter beauftragt ist, ihm hiernach begründet erscheinende Schadenersatzansprüche von Separationsbeteiligten, nach zuvoriger Anhebung der obigen Firma, aus der Sicherheit nach seinem allein ausschlaggebenden Ermessen zu befrachten und zu diesem Zwecke die alsdann wieder zu ergebende Sicherheit anzugreifen.

Die Sicherheit ist der Firma Wande zurückzugeben, sobald die Entfrachtung von Schäden der bezeichneten Art für die Zukunft ausgeschlossen erscheint. Auch hierüber hat der Sondervertreter nach seinem Ermessen zu entscheiden.

d) Die Zufälligkeit oder Beseitigung der erwähnten Grabenteile darf erst erfolgen, nachdem der Teil des Grabens, der sich neben dem Notendrückenrain und neben dem Feldwege lit. pp. und westlich des letzteren entlang zieht, an das städtische Kanalnetz angeschlossen ist.

Rundlegung der Veräußerungs-geschäfte sowie zur Ueberwachung der Erfüllung der Bedingungen und zur Beförderung der sonst vorstehend festgestellten Obliegenheiten wird beabsichtigt, gemäß § 9 Absatz 2 des eingangs erwähnten Gesetzes, den städtischen Landrat, Herrn Grafen Calron d'Hausenville hiersebst zum Sondervertreter der Gesamtheit der Separationsinteressenten von Merseburg Dritten gegenüber zu bestellen.

Etwasge Einprüche gegen diese Bekanntmachung sind innerhalb einer Frist von 1 Woche bei uns anzubringen.

Merseburg, den 26. Februar 1909.

Königliche Generalkommission.

von Engelbrechten. (441)

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten. Montag, den 8. März 1909, abends 6 Uhr.

1. Entlastung der Rechnungen a. des Hospitals St. Sixt für 1908, b. des Knabenorts für 1907.
2. Festsetzung des Tilgungsplanes für das Kreditdarlehen aus der Sparkasse zu Pfisterungszwecken.
3. Erhöhung der Zahl der Stadterordneten.
4. Neuordnung der höheren Mädchenschule: a. Trennung des Direktorats von dem Rektorat der geborenen Schulen, Anstellung eines Direktors im Hauptamt für letztere, b. Festsetzung des Schulgebäudes auf 100 Mk. für Klassen 10—8, auf 120 Mk. für Klassen 7—1 der höheren Mädchenschule; c. Festsetzung der Funktionszulage für den Titularoberlehrer auf 300 Mk.; d. Zulassung von Anaben in der Unterstufe der höheren Mädchenschule. G e h e i m e S i t z u n g : Personalien.

Merseburg, den 2. März 1909.

Der Stadtverordnete: Vorsteher.
Baage.

Für die Reichsfinanzreform

rückt die Entschuldigungsfrage heran. Im Reichstage wird man sich, so schreibt in nachstehendem Artikel offiziös die „Neue Reichs-Korrespondenz“, endlich klar darüber werden müssen, wie man die nötigen 500 Millionen Markt aufbringen will. Daß sie nötig sind, darüber ist sich inzwischen alle Welt klar geworden. Anfanglich hätte man immer davon redet, daß nur 300 Millionen oder nur 400

Nun kam Stephans Stube. Die schlechtesten Stühle hatte er sich genommen. Als Schreistisch stellte er einen Speltisch schräg ans Fenster, und seine Sachen waren bald eingeräumt.

Nadia Zimmer, wie immer, das beste, galt stets als gemeinsamer Salon. Sie schloß nur ab, wenn sie sich ankleidete oder schlafen ging. Es war das blaue Zimmer. Außer dem Kleiderstank, Sofa, Tisch und Kommode waren noch ein Pfeilerstuhl, Bett und ein Glasstisch (der der Birkin gehörte und abgeholt blieb) in der Stube.

Nadia nahm die Bilder ihres Vaters, ihrer Mutter und Brüder und eines des Baronspaars in Kaptslagulirahnen, stellte sie auf die Kommode, ebenso ein Bild der Madonna della Scbia, das sie stets im Koffer bei sich führte, drapierte noch ein paar italienische Selbstbildnisse, stellte eine Wiedohse mit russischen Drops auf, und nun wollte sie endlich ihren Brief lesen.

„Da klopfte Stephan, „Entrez!“ rief sie. „Ah, Nadia, alles in Ordnung. Nun kann ja der Prinz kommen. Wo dieser Dimitri nur bleibt, ich habe Hunger, wollen wir noch warten?“

Sie erwiderte, „Der weiß, daß der vorhat, Stephan. Manchmal, in all meiner schwächsten lichen Sorge und Liebe um ihn“ . . . Kling — es läutete.

(Fortsetzung folgt.)

„Hier sind 50 Pfennig, vielleicht können Sie einige Weihen austreiben, liebe Frau!“

nötig seien. Inzwischen scheint man sich doch aber auch im Reichstage von der Nichtigkeit dieser Anschauung überzeugt zu haben. Es wäre ja aber auch geradezu unverantwortlich gewesen, an Wünsche von der Regierungsförderung zu denken, während der Etat für 1909 mit einem so gewaltigen Festbetrag abschließt und die Aussicht über die Einnahmeergebnisse im Jahre 1908 auf ebenfalls große Festbeträge noch gegenüber den Etatsanschlägen hinderten.

In der Reichskasse fehlt es so an Geld, daß hier bald eingegriffen werden muß, wenn es nicht zur Skandalität kommen soll. Man scheint ja nun überall einzufließen zu haben, daß der größte Teil der 500 Millionen Mark auf indirektem Wege durch die Konsumsteuern aufgebracht werden soll.

Nur über die Frage der Zugelung der direkten Steuern ist man uneinig, nachdem die Rechte erklärt hat, der Nachschleuer so, wie die Regierung sie vorgeschlagen, nicht zustimmen zu wollen. In der Politik soll man nicht viel von der Lebenswirklichkeit erwarten. Die Rechte hat nun einmal diesen Standpunkt eingenommen, man wird mit ihm rechnen müssen. Dann aber hat sie auch die Pflicht, einen Erfolg vorzuschlagen, der die gleiche Summe einbringt und der, was die Hauptsache ist, auch so gestaltet ist, daß sich nicht bloß die Regierung, sondern auch eine Mehrheit im Reichstage darauf einlassen kann. Denn nur so kann doch vorangekommen werden. Sind nun dergleichen Vorschläge bisher gemacht? Mit nichten. Die Idee, von den Bundesstaaten erhöhte Matrifularumlagen einzuführen, ist kein solcher Vorschlag, auch nicht dann, wenn man vorschreibt, daß die Erhöhungen durch Besitzsteuern aufgebracht werden sollen.

Diese Idee läßt sich zwei Richtungen im Stich. Einmal will die Linke, und ganz mit Recht, eine Gewähr dafür haben, daß die Besitzsteuern nur auch wirklich von den Besitzenden, d. h. von den wohlhabenden Klassen aufgebracht werden. Diese Gewähr ist nicht gegeben. Das Reich hätte, wenn es eine derartige gesetzliche Bestimmung erließ, gar nicht die Macht, deren weitere Entwicklung in den Einzelstaaten zu kontrollieren und gegebenenfalls zu regeln. Sodann hätte die Idee auch bei den Regierungen auf Widerspruch und zwar gleichfalls mit Recht. Ob ihre Ausführung den Namen der Matrifularumlagenenerhebung erhält oder nicht, ist ein Einbruch des Reiches in die Finanzhoheit der Bundesstaaten. Diesen Bundesstaaten ist fernerzeit bei Gründung des Reiches die indirekte Besteuerung entzogen. Die ihnen verbliebenen direkten Steuern sind die Grundlage ihrer Finanzen. Greift nun das Reich auch in die direkte Besteuerung der Einzelstaaten ein, so ist den Letzteren die Möglichkeit des Ausbaues ihrer Finanzen mindestens eingeklemmt. Ihre Finanzhoheit ist ihnen von neuem beschnitten, und mit der Finanzhoheit ist die Souveränität durchaus verbunden. Man soll hierüber nicht leicht hinweggehen. Aus dem Föderalismus, der heute die Grundlage des Reiches bildet, könnte sich nur zu leicht der des Unitarismus entwickeln. Ueber derartige Konsequenzen muß man sich klar sein. Man kann es aber auch den föderalistischen Staaten nicht verdenken, wenn sie hiergegen Protest einlegen. Also die Rechte hat die Verpflichtung, durch Umgestaltung ihrer Vorschläge diesen Bedenken Rechnung zu tragen. Es ist ja höchst bedauerlich, daß sie sich in die Agitation gegen die Nachschleuer lassen hineinziehen lassen, aber geschehene Dinge lassen sich nicht ändern. Dagegen ist sich beim guten Willen auch auf dem Gebiete der direkten Besteuerung eine größere Summe neu erlangen. Es wird nun aber Zeit, daß die Reichstagsmehrheit zum Abschluß kommt. Die Nation erwartet, daß mit der jetzigen Finanzreform ganze Arbeit gemacht wird.

München, 3. März. Der bayrische Finanzminister von Pfaff äußerte sich nach seiner Rückkehr von den Finanzverhandlungen in Berlin über die innere Lage, wie folgt: Die Situation des Deutschen Reiches ist gegenwärtig die schlechteste seit Jahrzehnten. Es handelt sich darum, ob man ferner auf die Mitwirkung der Bundesstaaten im Reiche rechnen will oder ob man durch das Scheitern der Finanzreform deren finanzielle und politische Selbständigkeit gefährden wolle. Wir haben bisher die schwersten Opfer für das Reich gebracht, die Vorschläge der Reichsverbands- und Reichseinkommensteuer würden aber zur Not in den Bundesstaaten führen und deshalb müssen wir sie ablehnen.

Ungekürzte Lage auf dem Balkan.

*** Merseburg, 4. März.** Nachdem nicht nur Deutschland und die West-Großmächte, sondern auch Rußland beschlossen hatten, in Belgrad vorstellig zu werden, glaubte man allgemein, die Serben würden, nimmehr isoliert und höchstens noch auf die Hilfe Montenegro's angewiesen, nachgeben, und tatsächlich klangen die vorgefertigten Nachrichten auch dementsprechend.

Da ist nun plötzlich und aus noch nicht erklärlichen Gründen ein Umschwung eingetreten: Nicht nur, daß die Serben wieder kriegslustiger sind und die Vermittelung der Großmächte strikte ablehnen, ist neuerdings auch die Haltung Rußlands einigermaßen unübersichtlich geworden, und das macht die Sache bedenklich.

Die offiziellen Kreise Rußlands sind gegen einen Krieg, das beweisen auch die Vorstellungen, die der russische Botschafter in Belgrad erhoben hat, aber unklar ist, wie weit hinter den Kulissen vorgeht und wie weit der Einfluß der Panславisten reicht.

Es liegen nachstehende Meldungen vor: *** Wien, 3. März.** Wie dem „Neuen Wiener Tageblatt“ aus Petersburg telegraphiert wird, wird dort die Situation wieder pessimistischer beurteilt, namentlich im Hinblick auf den dortigen entzündlichen Widerstand, direkte serbisch-österreichische Verhandlungen zuzulassen. Es wird sogar behauptet, daß der Ausbruch eines Krieges unvermeidlich geworden sei.

*** Wien, 3. März.** Dem „Berl. Vol.-Anz.“ wird berichtet: Aus Kreisen des k. u. k. zivilen Amtes wird mitgeteilt: Die Friedensverpflichtung der letzten Tage war noch sehr verflücht und die Situation ist nach wie vor kritisch. Nach gestern abend aus Belgrad eingelangten Depeschen erklärte Milowanowitsch, daß er nicht ohne weiteres bereit sei, nachzugeben. Mit dieser Sachlage müsse man rechnen, solange Serbien nicht wirklich abrückte und seine gefährliche Politik abschloß. Solange es nicht zu der Ueberzeugung sich durchgerungen habe, daß seine bisherigen Wege falsch seien, so lange sei die Kriegsgefahr nicht geschwunden, und so lange könne auch die Monarchie nicht daran denken, mit der serbischen Regierung in irgend welche Verhandlungen über Konzeptionen einzutreten. Die österreichisch-ungarische Regierung werde auch daran festhalten, daß die serbische Regierung Verhandlungen mit ihr einzuleiten habe.

*** Belgrad, 3. März.** Gestern nachmittag erließen der russische Gesandte Sergejew beim Minister des Aeußeren Witomilowitsch und ertheilte ihm im Auftrag der russischen Regierung den freundschaftlichen Rat, Serbien möge von den Forderungen nach territorialen Kompensationen und nach der Autonomie für Bosnien und die Herzegowina absehen, da diese Forderungen bei den europäischen Großmächten auf keine Unterstützung zählen könnten. Im Laufe des Nachmittags erschienen auch die diplomatischen Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens beim Minister des Aeußeren und erteilten der serbischen Regierung einen ähnlichen Rat. Der Minister des Aeußeren nahm diese Vorstellungen zur Kenntnis. Hierauf fand unter dem Vorsitze des Königs ein Ministerrat statt. Nach dreistündiger Beratung wurde einstimmig beschlossen, auf die Vorstellung der Großmächte zu erwidern, daß Serbien die Forderungen, welche die serbische nationale Supremazia in ihrer bekannten Resolution aufgestellt hat, nicht zurückgehen könne. Serbien hoffe noch immer auf die Gerechtigkeit Europas, könne aber von den territorialen Forderungen und von der Forderung nach der Autonomie für Bosnien und die Herzegowina, nicht Abstand nehmen.

*** Berlin, 3. März.** Der heutige Börsenbericht des „Vol.-Anz.“ belagt: „Nach den Preisfestlegungen auf den meisten Marktgebieten, die infolge der günstigen Balkannachrichten in den letzten Tagen an unserer Börse eingetreten waren, zeigte der Markt heute eine merkliche Ernüchterung und Ermüdung. Das Hauptanlaß hierzu bilietet freilich nicht etwa das Unvermögen unserer Börse, weiteren günstigen Ausblicken durch fernere Preisfestlegungen Rechnung zu tragen, sondern die neueren Belgrader Meldungen, aus denen hervorzugehen scheint, daß die Gerüchte über ein angelegliches völliges Einlenken der dortigen Machthaber zum mindesten verflücht waren. Ob man diesem Börsen Serbiens im gegenwärtigen Stadium der Dinge eine besondere Bedeutung beizulegen kann, erscheint freilich ziemlich fraglich, aber die Börse wurde eben durch die nicht völlige Bewahrungheit der vorangegangenen optimistischen Darstellungen verstimmt.“

*** London, 3. März.** Der Petersburger Times-Korrespondent erklärt, die österreichischen Forderungen schwächten die Hoffnung auf eine friedliche Lösung, wie sie die russische Initiative hoffen ließ, sehr ab. Diplomatische Kreise hielten die Lage für verwickelter als bisher. Man frage, ob Oesterreich nicht alle friedlichen Bemühungen Europas durch seine intransigente Haltung vereiteln werde. Soweit die russische öffentliche Meinung Rußlands Initiative billige, wolle sie damit nur eine Kollektivvorstellung in Belgrad vermeiden. Nach Belgrader Meldungen hoffe man dort noch immer, daß Rußland sich von einem Kollektivschritt der Großmächte ausschließen werde. Die „Times“ preisen die Haltung der serbischen Staatsmänner ebenso warm, wie sie die Weltrenten tadeln. Letztere müsse auf alle, die bisher an die Aufrichtigkeit der österreichischen Friedensliebe geglaubt haben, den bedauerlichsten Eindruck machen. Wenn die Versicherungen seiner offiziellen Presse wirklich das Programm seiner Politik ausdrückten, dann seien die Aussichten für Europa äußerst ernst.

*** Wien, 3. März.** Das Eingreifen Rußlands in den Gang der Dinge hat die Bevölkerung Serbiens ganz außerordentlich verstimmt. Man nimmt an, daß die kriegerischen Leidenhaftigkeiten eher gewachsen, als daß sie nachgelassen haben. Auch ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß die Mobilisierung einzelner Regimenter stattgefunden hat. Der Ernst der Lage kommt auch in der Rede des Königs Peter zum Ausdruck. Er selbst verneint allerdings die Uebernahme der Verantwortlichkeit und überläßt den Gang der Dinge vollständig dem Ministerium. Im übrigen nimmt man in hiesigen gut unterrichteten Kreisen doch an, daß erstere Veranlassungen wohl in absehbarer Zeit nicht entstehen werden. Die Gefahr bleibt aber latent, weil in Serbien trotz eines etwaigen augenblicklichen Vergleichs auf seine Forderungen, doch die Agitation für diese nicht stillstehen wird.

*** Rom, 3. März.** Das Verlangen Oesterreichs, direkt mit Serbien zu verhandeln, hat hier einen äußerst schlechten Eindruck gemacht und man vertritt, daß die italienische Diplomatie ihren ganzen Einfluß geltend machen wird, um Oesterreich zu einer verständlichen Haltung zu bewegen.

*** London, 3. März.** Das „Australische Bureau“ berichtet seine frühere Meldung dahin, daß eingegangenen Informationen zufolge die serbische Regierung gemäß dem von Rußland erteilten Rat sich zur Aufgabe der Gebietsentgeltung zurückziehen wird.

Reichstag.

*** Berlin, 3. März.** In der heute fortgesetzten zweiten Beratung des Reichstages über den Etat für Südwestafrika wurden zunächst die Erörterungen, die Wünsche und Beschwerden früherer Sitzungen rekapituliert. Neu ist nur das Hervortreten einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Zentrumsabgeordneten Erzberger und dem „Genossen“ Ledebour, die sonst ein Herz und eine Seele sind und dieses schöne Verhältnis gütlich und demonstrativ zur Schau zu tragen pflegen. Heute stellte sich Abg. Ledebour ganz empört, daß der Kollege Erzberger dem Staatssekretär mit Vorbehalt überlassen hat, denselben Staatssekretär, der doch eigentlich bei jeder Gelegenheit die Sache des Zentrums zu fassen bekommen müßte! Es geschah aber noch andere Merkmaligkeiten. Abg. Ledebour, Mitglied der Partei, in der die Religion bekanntlich zur Privatangelegenheit erklärt ist, wies sich zum Bormund und Führer der christlichen Bormfänge auf, die angeblich durch die Bestimmung verlegt werden sollen, daß Werke, die eine „christliche“ Eingeborene heiraten, das kommunale Wahlrecht in Südwestafrika verlieren. Das Alle-posterlichste ist aber, wie „Genosse“ Ledebour sich dreht und windet — er versteht das übrigens auch in körperlicher Beziehung meisterhaft! — um zwischen seiner bisherigen grundsätzlichen Ablehnung jeder kolonialen Wirtschaft und Politik und der jetzt nicht mehr abzuweihenden Erkenntnis von der Entwicklungsmöglichkeit der Kolonie, einen angemessenen Ausgleich herzustellen sich so einen wenigstens leidlich scheinenden Ausweg zu bahnen, um seine Vor- und Rückschlüsse an den Mann zu bringen. Von weit größerer Bedeutung als dieses Gaukelspiel ist die Bemerkung des Staatssekretärs Dernburg, daß er jedem nicht kapital-tätigen deutschen Handwerker in dessen eigenem Interesse nur dringend abraten könne, jetzt in die Kolonie hinauszugehen. Die früher gezahlten hohen Löhne werden jetzt nicht mehr gezahlt!

Dann schließt die Diskussion der Etat wird bewilligt, ebenso ohne wesentliche Debatte die Etat für Neu-Guinea, die Südsee-Kolonie und Samoa. Angenommen wird auch die zum Etat von Südwestafrika vorliegende Resolution betreffend Entsendung eines Zivilkommissars zur Erkundung der Verhältnisse, insbesondere der Arbeiterlage, im Ovaambo-Gebiete; schließlich wird auch noch der Rest des Etats für das Reichs-Kolonialamt — das Gehalt des Staatssekretärs ist bereits bewilligt — erledigt. Damit ist die zweite Beratung des kolonialen Etats beendet.

Es wird dann noch der Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung in Angriff genommen und gleichzeitig der Gehektverordner einer Fernsprechebühren-Ordnung zur Debatte gestellt.

Abg. Dr. Pichler (Z.) legt dem Staatssekretär des Reichspostamts dringend ans Herz, Ueberdrückte herauszuwickeln und dadurch der Finanzkommission zur Hilfe zu kommen. Willkommen ist ihm deshalb die neue Fernsprechebühren-Ordnung; er erwartet von ihr nicht nur Befreiung der gegenwärtigen ungleichmäßigen Belastung der Teilnehmer, sondern gleichzeitig auch eine erfreuliche Steigerung der Einnahmen.

Der Staatssekretär des Reichspostamts reaktive erwidert: Unter der Wahrnehmung der geschäftlichen Interessen der Verwaltung darf die Bevölkerung nicht leiden. Was die Wünsche betrifft, so geht das Verfahren der Verwaltung seit langen Jahren dahin, den Unterbeamten Wünsche zu übertragen, die bisher von Beamten wahrgenommen wurden. Das ist aber nur insoweit möglich, als darunter Schnelligkeit und Zuverlässigkeit des Betriebes nicht leiden. Bei der Beregung von Beförderung wird sehr taufmännisch vorgegangen. Der Staatssekretär bemerkt dann noch, in Begründung der Fernsprechebührenordnung, daß es Pflicht einer Staatsanfalt sei, Ausgleich zu schaffen. Das Land aber ist gegenwärtig gegenüber den großen Städten benachteiligt. An die Aufgabe der Gebührensreform ist die Verwaltung weder leicht, noch leichtfertig heranzutreten. Der Staatssekretär bemerkt, daß in der von ihm eintretenden Konferenz von Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Handwerks alle Teilnehmer einstimmig der Ansicht waren, daß die jetzigen Gebühren für Vielfachpreis zu gering sind. Ubrigens kommen allmählich auch die 60—65 pSt. der Interessenten, die bisher geschwiegen, mit zunehmenden Bekehrungen hervor. Es ist also keineswegs richtig, daß der Entwurf nur abfällige Kritik ergehen habe. — Die Debatte wird abgeschlossen. — Nächste Sitzung: Donnerstag.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

*** Berlin, 3. März.** (Hofnachrichten.) Es Maj. der Kaiser übernahm heute auf dem vor Waldheimshagen liegenden Anienhof die „Deutsche Reich“ und fuhr heute früh um 10 Uhr mit der Kaiserzug zum Werk, um Besichtigungen vorzunehmen. Der Neubau des Anienhofes, „Ersatz Oldenburg“, das Anienhof „Maffan“, sowie die Maschinenbauwerkstatt wurden besichtigt, später die Zafefortifikation und die Neubauten am Gms-Zofentanal. Das Frühstück nahm der Monarch beim Stationschef Admiral v. Fißel ein, woran u. a. der in der Frühe eingetroffene Großherzog von Oldenburg und Prinz Heinrich teilnahmen.

*** Oldenburg, 2. März.** Der oldenburgische Landtag lehnte die Vorlage betreffend Wohnungsgeldzuschuß der Zivil- Staatsdiener und Volksschullehrer ab.

*** Verleberg, 3. März.** Der frühere Landwirtschafts-Minister v. Pöblich erklärte in einer Verammlung des Bundes der Landwirte, er werde sich von jetzt ab vom politischen Leben völlig zurückziehen.

*** Worms, 3. März.** Wie die „Wormser Volkszeitung“ aus dem Wahlkreis Alzey-Wingen meldet, hat eine große Anzahl von dortigen Protestanten beschloffen, aus der Landesliste auszutreten und bereits die nötigen Schritte dazu getan, nachdem festgestellt wurde, daß eine partei-Genossen-protestantischer Gesellschaft, darunter der Delon, für den Zentrums-kandidaten Uebel gestimmt haben.

Frankreich.

*** Paris, 3. März.** König Eduard, der morgen hier eintrifft, wird am Freitag an einem Frühstück im Elysee teilnehmen. Ministerpräsident Clemenceau und der Minister des Aeußeren sind ebenfalls geladen.

